

TI_GERICHTE 32.2008.92 vom 15. April 2008

TI Tribunale d'appello, 2008-04-15, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_32.2008.92

FR: TI_GERICHTE 32.2008.92 du 15 avril 2008

IT: TI_GERICHTE 32.2008.92 del 15 aprile 2008

Regeste

Mezzi ausiliari. Diritto alla sostituzione della prestazione. Lo scopo della parrucca, riconosciuta quale mezzo ausiliario, può essere raggiunto anche con altri copricapi. Rinvio per stabilire se la modifica dell'aspetto dovuto alla perdita dei capelli ha condotto a problemi psichici considerevoli

Erwägungen

E. 8

cpv. 1 Cost.) o del divieto di discriminazione (art. 8 cpv. 2 Cost) (DTF 131 V 15 consid. 3.4.2 con riferimenti giurisprudenziali). Inoltre, l'art. 21 cpv. 3 LAI prescrive che i mezzi ausiliari sono forniti in proprietà o a prestito in un tipo semplice e adeguato, che l'assicurato deve assumersi personalmente le spese supplementari di un modello più costoso. Secondo la giurisprudenza del Tribunale federale delle assicurazioni (TFA, dal 1° gennaio 2007 Tribunale federale; DTF 121 V 258, consid. 2c, pag. 260 e DTF 119 V 416, consid. 2, pag. 421 nonché le sentenze ivi citate) di regola l'assicurato ha diritto solo ai provvedimenti idonei a raggiungere il fine di integrazione prefisso e non ai migliori provvedimenti possibili nel caso di specie. La legge infatti riconosce la reintegrazione solo nella misura in cui essa sia necessaria e sufficiente. Inoltre, deve esistere una proporzione ragionevole tra il successo prevedibile del provvedimento e il costo dello stesso. Su questo argomento, cfr. D. Cattaneo, "La promozione dell'autonomia del disabile: esempi scelti dalle assicurazioni sociali", in RDAT II-2003, pag. 599 e segg. (599-607). In particolare, il cpv. 5 dell'art. 2 OMAI stabilisce che se un assicurato ha diritto a un mezzo ausiliario figurante nell'elenco allegato ma si accontenta di un altro mezzo più economico, che ha la stessa funzione, quest'ultimo deve essergli consegnato anche se non è menzionato nell'elenco. 2.5. Il TFA, in una sentenza pubblicata in DTF 127 V 121, riguardo alla giurisprudenza in materia di diritto alla sostituzione della prestazione nel campo dei mezzi ausiliari, ha sviluppato le seguenti considerazioni: " (...) 2. a) Die aus dem Verhältnismässigkeitsgrundsatz (vgl. Art. 8 Abs. 1 IVG) fliessende Rechtsfigur der Austauschbefugnis hat das Eidg.

Versicherungsgericht in den invalidenversicherungsrechtlichen Bereichen der Hilfsmittelversorgung (Art. 21 IVG) und der medizinischen Massnahmen (Art. 12 f. IVG) entwickelt (BGE 107 V 92 Erw. 2b mit Hinweisen auf die frühere Rechtsprechung) und seither in ständiger Rechtsprechung in verschiedenen Sozialversicherungszweigen zur Anwendung gebracht (BGE 120 V 285 Erw. 4a, 292 Erw. 3c; vgl. auch BGE 126 III 351 Erw. 3c). So kann beispielsweise die Austauschbefugnis zwar grundsätzlich auch in der obligatorischen Krankenversicherung zur Anwendung gelangen; sie darf jedoch nicht dazu führen, Pflichtleistungen durch Nichtpflichtleistungen zu ersetzen (RKUV 2000 S. 290 Erw. 1b mit Hinweisen; vgl. auch BGE 126 III 351 Erw. 3c). Sie stellt indessen nicht einen im gesamten Sozialversicherungsrecht anwendbaren Grundsatz dar (nicht veröffentlichtes

Urteil K. vom 10. Juli 1995, H 283/94; JÜRIG MAESCHI, Kommentar zum Bundesgesetz über die Militärversicherung [MVG] vom 19. Juni 1992, Bern 2000, N 46 zu Art. 21) und ist in der Anwendung an bestimmte Voraussetzungen gebunden. So setzt sie namentlich immer einen substitutionsfähigen aktuellen gesetzlichen Leistungsanspruch voraus (BGE 120 V 277; MEYER-BLASER, Bundesgesetz über die Invalidenversicherung [IVG], in: MURER/STAUFFER [Hrsg.], Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht, Zürich 1997, S. 61). b) Im Bereich der Hilfsmittel in der Invalidenversicherung, wo die Austauschbefugnis in Art 2 Abs. 5 HVI (in der seit 1. Januar 1989 geltenden Fassung) normiert ist, hat das Eidg. Versicherungsgericht folgenden Grundsatz aufgestellt (zuletzt in AHI 2000 S. 73 Erw. 2a): Umfasst das vom Versicherten selber angeschaffte Hilfsmittel auch die Funktion eines ihm an sich zustehenden Hilfsmittels, so steht einer Gewährung von Amortisations- und Kostenbeiträgen nichts entgegen; diese sind alsdann auf der Basis der Anschaffungskosten des Hilfsmittels zu berechnen, auf das der Versicherte an sich Anspruch hat (Austauschbefugnis; BGE 120 V 292 Erw. 3c, BGE 111 V 213 Erw. 2b; ZAK 1988 S. 182 Erw. 2b, 1986 S. 527 Erw. 3a; MEYER-BLASER, Zum Verhältnismässigkeitsgrundsatz im staatlichen Leistungsrecht, Diss. Bern 1985, S. 87 ff.). In der jüngeren Rechtsprechung hat das Eidg. Versicherungsgericht die Austauschbefugnis auch im Bereich weiterer Arten von Eingliederungsmassnahmen BGE 127 V 121 S. 124 (Art. 8, Art. 12 ff IVG) zur Anwendung gebracht. Die Austauschbefugnis kommt jedoch insbesondere nur zum Tragen, wenn zwei unterschiedliche, aber von der Funktion her austauschbare Leistungen in Frage stehen. Vorausgesetzt wird mithin neben einem substitutionsfähigen aktuellen gesetzlichen Leistungsanspruch auch die funktionelle Gleichartigkeit der Hilfsmittel (vgl. BGE 120 V 280 Erw. 4; nicht veröffentlichtes Urteil S. vom 21. Dezember 1995, I 171/95). Diese Grundsätze haben aber auch dann Geltung, wenn eine versicherte Person Anspruch auf mehrere invaliditätsbedingt notwendige Hilfsmittel hat. Es muss ihr freigestellt sein, an Stelle der Anschaffung mehrerer Hilfsmittel eine Gesamtlösung zu treffen, welche als Ganzes einen Behelf im Sinne der Austauschbefugnis darstellt. Wählt sie eine ihren individuellen Bedürfnissen angepasste Gesamtlösung, so beurteilt sich ihr Anspruch danach, inwieweit die Ersatzlösung, gesamthaft betrachtet, notwendige Hilfsmittel in einfacher und zweckmässiger Ausführung ersetzt. Bei baulichen Änderungen in der Wohnung oder im Eigenheim oder bei Neubauten ist überdies zu beachten, dass nur die eindeutig und einzeln umschriebenen baulichen Anpassungen einer Leistungszusprechung zugänglich sind (erwähntes Urteil S. vom 21. Dezember 1995). Wegen des abschliessenden Charakters dieser Kategorie der Hilfsmittel können aber keine Beiträge an die allgemeinen Mehrkosten aus der Erstellung eines rollstuhlgängigen Hauses gewährt werden (nicht veröffentlichtes Urteil S. vom 21. April 1988, I 386/87). Dient die Gesamtlösung andern als invaliditätsbedingten Zwecken, geht sie im Standard über eine einfache und zweckmässige Ausstattung hinaus oder bewirkt sie zusätzliche Folgekosten, welche bei der Abgabe des Hilfsmittels oder bei entsprechenden Kostenbeiträgen nicht entstanden wären, so hat die Invalidenversicherung dafür nicht aufzukommen. Schliesslich ist noch zu beachten, dass für die Anwendung der Austauschbefugnis massgeblich ist, dass das von der versicherten Person angeschaffte Hilfsmittel nicht nur unter den Voraussetzungen der unmittelbaren Gegenwart, sondern auch unter den Voraussetzungen, mit welchen auf weitere Sicht gerechnet werden muss, die Funktion des ihr rechtens zustehenden Hilfsmittels erfüllt (BGE 111 V 218 Erw. 2d). (...)." (DTF 127 V 121, consid. 2a e 2b, pag. 123-124) L'Alta Corte, in una sentenza del 22 giugno 2004 nella causa L. (I 170/04), ha, in particolare,

riconosciuto il diritto alla sostituzione della prestazione a un'assicurata che a seguito di chemioterapia aveva accusato un'alopecia e si era vista rifiutare dall'AI le spese per l'acquisto di copricapi (fr. 286.--). I giudici federali, riconosciuto che lo scopo funzionale di coprire il capo per nascondere l'alopecia poteva benissimo venir raggiunto anche con altri copricapo che non fossero la parrucca, unico mezzo ausiliario previsto per questo scopo dalla cifra 5.06 dell'allegato all'OMAI, hanno osservato: " (...) 3. 3.1 Nach der Wortbedeutung handelt es sich bei der Perücke wie beim Kopftuch um ein den Kopf bedeckendes Kleidungsstück: Der Duden Band 10 (Das Bedeutungswörterbuch, 3. Auflage) umschreibt die "Perücke" als "eine wie eine Kappe den Kopf bedeckende künstliche Frisur aus echten oder synthetischen Haaren (z.B. als Ersatz für fehlende Haare)". Das "Kopftuch" ist "ein Tuch, das um den Kopf gebunden getragen wird." Beide sind als "Kopfbedeckung" "der Teil der Kleidung, die auf dem Kopf getragen wird". 3.2 Die Vorinstanz grenzte die Perücke als Hilfsmittel mit der Begründung vom Kopftuch (als blossem Bekleidungsstück) ab, dass die Perücke den körperlichen Defekt der Kahlköpfigkeit "kaschiere" und die optischen und protektiven Funktionen der verloren gegangenen Haartracht wiederherstelle. Deren Gebrauch vermöge den Ausfall gewisser Teile oder Funktionen des menschlichen Körpers zu ersetzen. Nach der Rechtsprechung geht es bei Perücken darum, dass die äusserlich sichtbare Behinderung anhand dieses Hilfsmittels "kaschiert" werde (Urteil K. vom 4. Januar 2002, I 71/01, Erw. 1b/cc). Kaschieren heisst aber nicht, dass die Behinderung vollständig unsichtbar sein muss. Nach Duden Band 5 (Fremdwörterbuch, 7. Auflage) bedeutet "kaschieren" in einem einschränkenden Sinn verstanden "verhüllen, verbergen, verheimlichen", in einem etwas weiteren Sinne auch "so darstellen, verändern, dass eine positivere Wirkung erzielt wird, bestimmte Mängel nicht erkennbar, nicht sichtbar werden". Wie die Perücke "kaschiert" somit ebenso das Kopftuch die Kahlköpfigkeit, auch wenn die Trägerin darauf verzichtet, mit einer Perücke zusätzlich auch die optische Funktion der verloren gegangenen Haartracht wiederherzustellen. Wie die Beschwerdeführerin zu Recht vorbringt, erfüllt das Kopftuch bei Frauen die Aufgabe, die Kahlköpfigkeit zu verbergen, ebenso wie eine Perücke, die letztlich doch häufig als solche erkennbar bleibt. Denn in diesem Zusammenhang ist wesentlich, dass an das Hilfsmittel nicht der Anspruch zu stellen ist, es habe die Illusion zu vermitteln, dass ein Mangel gar nicht existiert. Es geht lediglich darum, die durch die Kahlköpfigkeit unvorteilhaft beeinträchtigte äussere Erscheinung zu korrigieren und so gemäss dem Kreisschreiben des Bundesamtes die dadurch verursachten erheblichen psychischen Belastungen zu verringern. Auch was die von der Vorinstanz angeführte protektive Funktion einer Perücke anbetrifft, ist davon auszugehen, dass keine relevanten Unterschiede hinsichtlich des Schutzes vor Wärme, Kälte, Nässe oder beim Anstossen des Kopfes gegeben sind, die gegen eine Austauschbefugnis zwischen Perücke und Kopftuch sprechen. Da neben einem substitutionsfähigen aktuellen gesetzlichen Leistungsanspruch vorliegend auch die funktionelle Gleichartigkeit der Hilfsmittel gegeben ist, sind die Voraussetzungen dafür erfüllt, dass die Austauschbefugnis zum Tragen kommen darf (vgl. BGE 127 V 121 Erw. 2b). 4. Im Rahmen der Austauschbefugnis besteht vorliegend auch Anspruch auf ein Hilfsmittel wie ein Kopftuch, das relativ geringe Anschaffungs- und Unterhaltskosten verursacht. Ansonsten würden, wie die Beschwerdeführerin zu Recht geltend macht, falsche Anreize für den Umgang mit Versicherungsgeldern gesetzt. Für die Vorinstanz erscheint es gerade wegen der geringen Kosten als mit der Schadenminderungspflicht vereinbar, diese den Versicherten zu überbinden, umso mehr, als es sich bei Kopfbedeckungen auch und vor allem um Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs handle. Zudem sei den Versicherten

immer dann eine Kostenbeteiligung aufzuerlegen, wenn ein Hilfsmittel Gegenstände ersetze, die auch ohne Invalidität angeschafft würden. Die in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf die Lehre (Meyer-Blaser, Bundesgesetz über die Invalidenversicherung [IVG], in: Murer/Stauffer [Hrsg.], Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht, Zürich 1997, S. 16, 70 und 163) erwogenen Gründe für eine Verweigerung des Leistungsanspruches überzeugen im vorliegenden Zusammenhang nicht. Die Beschwerdeführerin hat nach ihrer unbestritten gebliebenen Darstellung früher keine Kopftücher verwendet und sie wegen der Alopezie an Stelle der Perücke angeschafft. Zudem steht die vorinstanzliche Argumentation im Widerspruch zum Wortlaut von Art. 2 Abs. 5 HVI. Da sich die Versicherte mit den Kopftüchern mit einem kostengünstigeren Hilfsmittel begnügte, das dem gleichen Zweck dient wie die Perücke, ist ihr dieses gemäss Art. 2 Abs. 5 HVI abzugeben, auch wenn es nicht auf der Liste des HVI Anhangs aufgeführt ist. Bei Anschaffungskosten von insgesamt Fr. 286.-- für zwei Seidentücher und einen Seidenschlauch ist auch die in Art. 2 Abs. 4 HVI genannte Anspruchsvoraussetzung einer einfachen und zweckmässigen Ausführung des Hilfsmittels erfüllt. (...)." (STFA del 22 giugno 2004 nella causa L., I 170/04, consid. 3 e 4) 2.6. Alla cifra 5.06 dell'allegato OMAI sono indicati, quali mezzi ausiliari per il cranio e per la testa – i quali, non essendo contrassegnati da un asterisco (*), sono riconosciuti anche se non servono per svolgere un'attività lucrativa o sopperire alla mansioni concrete e quindi svolgono uno scopo socio-riabilitativo (cfr. art. 21 cpv. 2 LAI) – le "parrucche". La Circolare concernant la remise des moyens auxiliaires par l'assurance-invalidité (CMAI), valida dal 1° gennaio 2008, prevede quanto segue, quanto all'esame del diritto a prestazioni per la consegna dei mezzi ausiliari: " (...) 1059 L'AI doit examiner l'existence des conditions du droit à la remise de moyens auxiliaires suivantes: – l'utilisation d'un moyen auxiliaire doit être indispensable et en rapport avec l'invalidité; – le moyen doit répondre aux principes de simplicité et d'adéquation; – la personne assurée doit être apte à utiliser le moyen auxiliaire en question. 1060 L'OFAS doit charger des centres d'examen autorisés ou qu'il aura désignés (selon la 2e partie: dispositions particulières) ou des centres spécialisés (selon la 3e partie: examens) de pratiquer les examens techniques nécessaires. 1061 En cas de divergences de vues entre le centre d'examen et l'office AI, les deux parties doivent en discuter ensemble avant la prise de décision. (...)." (CMAI, pag. 22) La stessa Circolare prevede poi quanto segue, a proposito delle parrucche: " (...) 5.06 OMAI Perruques: contribution annuelle maximale de 1500 francs Prendre en considération, en particulier, le n° 1007. 5.06.1 Les assurés dont la calvitie modifie l'aspect de façon désavantageuse et conduit à des problèmes psychiques considérables ont droit à une perruque lorsque les cheveux sont tombés rapidement ou par touffes, suite à une atteinte aiguë à la santé ou à son traitement, p. ex. une radiothérapie ou une chimiothérapie. 37. 5.06.2 Les assurés peuvent choisir eux-mêmes la catégorie de prix et le nombre de perruques à acquérir, le plafond fixé s'entendant comme montant maximal par année civile pour ces acquisitions (y compris les teintures, la coiffure, le nettoyage de la perruque et les éventuels frais de réparation). Un autre type de perruque peut également être pris en charge s'il répond au même but. Pendant l'année de la première remise, le montant maximal peut être complètement épuisé (pas de limitation au prorata). (...)." (CMAI, pag. 36-37) Infine, secondo il menzionato n° 1007 " (...) 1007 La personne assurée a en principe droit à la remise d'un moyen auxiliaire jusqu'à ce qu'elle ait atteint l'âge de la retraite (ou de la rente anticipée) même lorsque les conditions du droit ne sont plus remplies pendant une année entière. Il faut toutefois examiner, lors de chaque décision, si une remise à court terme est

encore adéquates. En revanche, un handicap purement provisoire exclut la remise de dispositifs auxiliaires au titre de moyens auxiliaires. Il faut pouvoir prévoir l'usage probable du dispositif pendant une durée d'une année au minimum. (...)." (CMAI, pag. 10) 2.7. Nel caso di specie dagli atti di causa risulta quanto segue. Il dr. _____ e la dr.ssa _____, vice-primario rispettivamente medico assistente presso l'Istituto _____ della _____, nel certificato medico 7 dicembre 2007, hanno attestato che l'assicurata "(...) necessita di protesi mammaria a seguito di intervento chirurgico per l'affezione tumorale al seno sinistro." (doc. AI 16/1). L'Ufficio AI, con lettera 22 gennaio 2008, ha comunicato all'assicurata di assumersi i costi di protesi del seno dal 20.12.2007 al 31.12.2010 (doc. AI 17/1-2). La dr.ssa _____, nel certificato medico 17 dicembre 2007, ha attestato che l'assicurata "(...) necessita dell'ausilio di un copricapo." (doc. AI 14/2). La stessa sanitaria, con certificato medico 24 giugno 2008, ha attestato che "(...) la summenzionata paziente, signora RI 1, ha iniziato presso il nostro Istituto una chemioterapia nel mese di giugno 2007 ed ha per questo motivo necessitato di un copricapo per la durata di almeno 1 anno. (...)" (doc. E). Dalle risultanze appena esposte emerge che l'assicurata, a seguito di una chemioterapia iniziata nel mese di giugno 2007, per motivi medici e per la durata di almeno un anno, ha necessitato di un copricapo. L'Ufficio AI – che, conformemente alla legge e alla giurisprudenza (cfr. consid. 2.3, 2.4 e 2.5) e come ammesso esplicitamente nella risposta di causa, a torto ha negato all'assicurata il diritto alla chiesta prestazione solo perché ha ritenuto il copricapo in oggetto non "equiparati" alla parrucca – non ha accertato se, in ossequio al punto 5.06.1 della Circolare CMAI, la modifica dell'aspetto dovuta alla perdita dei capelli abbia condotto a problemi psichici considerevoli. Di conseguenza – come del resto proposto con la risposta "(...) si ritiene pertanto corretto richiedere il rinvio degli atti allo scrivente Ufficio, onde verificare i presupposti per l'accoglimento della richiesta avanzata dalla Signora _____. Nel rispetto del principio della parità di trattamento (...)" (IV, pag. 2) e ricordato che i copricapi vanno ritenuti quale sostituzione della prestazione "parrucche" riconosciuta quale mezzo ausiliario alla cifra 5.06 dell'allegato OMAI e che, da un punto di vista medico, è indicata la necessità degli stessi per la durata di almeno un anno – la decisione impugnata va annullata e gli atti rinviati all'Ufficio AI affinché, accertato se la modifica dell'aspetto dovuta alla perdita dei capelli ha condotto a problemi psichici considerevoli, proceda ad emettere un nuovo provvedimento. 2.8. Secondo l'art. 69 cpv. 1bis LAI, in vigore dal 1. luglio 2006, la procedura di ricorso in caso di controversie relative all'assegnazione o al rifiuto di prestazioni AI dinanzi al tribunale cantonale delle assicurazioni è soggetta a spese. L'entità delle spese è determinata fra 200.-- e 1'000.-- franchi in funzione delle spese di procedura e senza riguardo al valore litigioso. Visto l'esito della vertenza, le spese per fr. 200.-- sono poste a carico dell'Ufficio AI. La ricorrente, patrocinata dalla _____, ha diritto ad un'indennità per ripetibili (STF del 5 settembre 2007 nella causa V., K 63/06 e la citata DTF 126 V 11 seg. consid. 2).

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.